



Nr. Rat 04/06

**Niederschrift über die
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Oldenburg (Oldb)**

Sitzungsdatum: **Montag, den 26.06.2006**

Sitzungsort: **Kulturzentrum PFL, Peterstraße 3, Veranstaltungssaal**

Teilnahme:

Herr Oberbürgermeister Dietmar Schütz

vom Rat

Herr Alfred Nehring	SPD
Frau Germaid Eilers-Dörfler	SPD
Herr Hans-Henning Adler	Linkspartei
Frau Andrea Ahrens	CDU
Herr Tahsin Albayrak	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Kurt Bernhardt	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Bernd Bischoff	SPD
Herr Hans-Peter Blöcker	CDU
Frau Maria Bollerslev	SPD
Frau Ursula Burdick	SPD
Frau Margrit Conty	SPD
Frau Gabriele Dammers	FDP
Herr Manfred Drieling	CDU
Herr Bernhard Ellberg	SPD
Frau Christiane Flemming-Schneider	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Else Hartmann	SPD
Herr Heinz Harzmann	CDU
Frau Luzie Hille	SPD
Herr Gerd Hochmann	CDU
Herr Werner Kaps	SPD
Herr Hans-Jürgen Klarmann	CDU
Herr Dr. Gerhard Knake	SPD
Herr Nils Krummacker	FDP
Frau Anne Lück	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Susanne Martitz	SPD
Frau Susanne Menge	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Joachim Mühlbradt	SPD
Herr Rolf-F. Müller	CDU
Frau Gesine Mulhaupt, MdB	SPD
Frau Birgit Neumann	CDU
Frau Sibylle Neumann-Gäbler	SPD

Frau Bärbel Nienaber	SPD
Herr Dr. Georg Wilhelm Niewerth	CDU
Frau Dr. Esther Niewerth-Baumann	CDU
Herr Franz Norrenbrock	BFO
Herr Dr. Jochen Pade	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Paul-Dieter Reck	CDU
Herr Klaus-Dieter Reinking	FDP
Frau Solveig Rohde-Breitkopf	CDU
Herr Michael Rosenkranz	CDU
Frau Herma Rudolph	SPD
Frau Waldtraut Scheibert	CDU
Frau Birgit Scheller	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hans-Richard Schwartz	FDP
Frau Anne Seggern, von	SPD
Herr Andreas Siek	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Ralf Thole	SPD
Frau Elena Woltemade	Linkspartei
Frau Maike Würdemann	CDU
Herr Rainer Zietlow	SPD

von der Verwaltung

Frau Stadträtin Silke Meyn
Herr Stadtrat Martin Schumacher
Herr Stadtbaurat Dr. Frank-Egon Pantel
Frau Ltd. Städt. Direktorin Inge von Danckelman
Herr Jürgen Krogmann
Frau Elke Wicherts
Herr Carsten Schoch

Protokollführer/in

Frau Kristine Leinius

Gäste

Frau Abeln, Fa. NWP
Herr Tauchin, Fa. NWP

Sitzungsbeginn: 18:03 Uhr
Sitzungsende: 22:55 Uhr

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|---------|
| 1 | Feststellung der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Genehmigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil) | |
| 3 | Genehmigung der Niederschrift Nr. 03/2006 (öffentlicher Teil) vom 29.05.2006 | |
| 4 | Mitteilungen des Oberbürgermeisters | |
| 5 | Einwohnerfragestunde | |
| 6 | Haushalts- und Finanzausschuss vom 07.06.2006 | |
| 6.1 | Außerplanmäßige Bewilligung in Höhe von 160.000 EUR für die Einrichtung von Störmeldeanlagen in Pumpwerken | 06/0420 |
| 6.2 | Überplanmäßige Bewilligung in Höhe von 30.000 EUR für die Ausstattung der gymnasialen Oberstufe der IGS Flötenteich mit Mobiliar | 06/0429 |

6.3	Eigenbetrieb Weser-Ems Halle: Jahresabschluss 2005 a) Beschluss über den Jahresabschluss b) Feststellung des Lageberichtes c) Entlastung des Werksleiters	06/0360
6.4	Verkauf von städtischen Hausgruppengrundstücken im Bereich des Baugebietes Eversten-West (Bebauungsplan W-750 A) zum Festpreis	06/0439
6.5	Verkauf von städtischen Wohnbau- und Mehrfamilienhausgrundstücken im Bereich des Baugebietes Eversten-West (Bebauungsplan W-750 B, 1. Bauabschnitt)	06/0453/1
7	Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vom 19.06.2006	
7.1	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 18 a (Schlossplatz/Berliner Platz - ECE) mit Aufhebung örtlicher Bauvorschriften - Prüfung der Stellungnahmen - Satzungsbeschluss	06/0400/1
7.2	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 18 b (Schlossplatz/Berliner Platz - LzO) mit Aufhebung örtlicher Bauvorschriften - Prüfung der Stellungnahmen - Satzungsbeschluss	06/0401/1
7.3	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 18 c (Schlossplatz/ Berliner Platz - BLB) - Prüfung der Stellungnahmen - Satzungsbeschluss	06/0402/1
8	Anträge der Fraktionen und Ratsmitglieder	
8.1	Einführung des Verfahrens „Bürgerhaushalt“ in Oldenburg (Fraktion der Linkspartei vom 12.06.2006)	

Nichtöffentlicher Teil

.....gesperrter Bereich

Hinweis:

Mit Ausnahme der Anlagen 2, 4, 6 und 7 zu TOP 5 und der Redekonzepte und der Abstimmungsdokumentation (Anlagen 13, 14, 15, 18, und 21) zu TOP 7.1 bis 7.3 wurden alle Vorlagen bereits zur Sitzung versandt.

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Nehring eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Genehmigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Ratsherr Adler beantragt, die TOPs 7.1 bis 7.3 abzusetzen, da die umfangreichen Nachsendungen nicht im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vorberaten und ursprünglich offenbar nicht alle Einwendungen richtig berücksichtigt und abgewogen worden seien. Im Übrigen habe nicht die Verwaltung selbst die Stellungnahmen geprüft, sondern ein Planungsbüro. Das übereilte Handeln der Verwaltung halte er für unangemessen.

Dr. Knake erinnert an die 6jährige lange Vorlaufzeit der Planungen um die Beordnung des Areals Berliner Platz / Schlossplatz und hält es für angemessen und notwendig, nun eine endgültige Entscheidung zu treffen. Seine Fraktion werde die beantragte Vertagung daher ablehnen.

Ratsherr Klarmann unterstützt den Vertagungsantrag und ergänzt diesen dahingehend, dass man den Beschluss nicht lediglich um 4 Wochen vertagen solle, sondern bis nach der Kommunalwahl.

Ratsherr Dr. Pade erinnert, dass es sich bei den 10 bisher nicht berücksichtigten Einwendungen um berechnigte Interessen von Bürgerinnen und Bürgern handele. Er moniert, dass die Originaleinwendungen nicht automatisch an alle Fraktionen übermittelt worden seien. Im Übrigen sei zum Zeitpunkt der Beratungen in der Fachausschuss-Sitzung am 19.06.2006 die damals noch relevante Einwendung der Bremer Landesbank noch nicht zurückgenommen gewesen.

Ratsherr Schwartz lehnt die Vertagung ab und schließt sich den Ausführungen von Herrn Dr. Knake an. Er betont, dass es hier nicht darum gehe, dass Einwendungen von Bürgerinnen und Bürgern nicht ernst genommen würden bzw. nicht berücksichtigt würden.

Stadtbaurat Dr. Pantel verweist darauf, dass fachlich keine relevanten weiteren Einwendungen eingebracht worden seien. Durch die Nachsendung habe es lediglich noch eine Klarstellung gegeben. Ein übereiltes Handeln könne er hier nicht erkennen, schon allein deshalb, weil die Beschlussfassung schon um einen Monat verschoben worden sei. Das Hinzuziehen eines Planungsbüros sei üblich in solchen Verfahren.

Ratsvorsitzender Nehring lässt über den Vertagungsantrag der CDU-Fraktion bis nach der Kommunalwahl abstimmen.

Der Vertagungsantrag wird abgelehnt.

- mehrheitlich bei 25 Gegenstimmen -

Ratsvorsitzender Nehring lässt über den Vertagungsantrag der Fraktion der Linkspartei (Absetzung von der Tagesordnung) abstimmen.

Der Vertagungsantrag wird abgelehnt.

- mehrheitlich bei 25 Gegenstimmen -

Beschluss:

Die Tagesordnung (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

- mehrheitlich bei 25 Gegenstimmen -

zu 3

Genehmigung der Niederschrift Nr. 03/2006 (öffentlicher Teil) vom 29.05.2006

Ratsfrau Burdick beantragt, in ihrem Wortbeitrag zu TOP 13.1 den letzten Satz zu streichen. Stattdessen solle der Satz lauten: „Sie erläutert den Text der Resoluti-

on, benennt die Forderungen des Betriebsrates und appelliert für eine breite Zustimmung.“

Ratsherr Adler weist zu TOP 10.1, S. 7.darauf hin, es müsse im Zusammenhang mit der Pisa-Studie statt „die Erfahrungen aus der ehemaligen DDR“ richtig heißen: „die Erfahrungen aus den skandinavischen Ländern“.

Mit diesen Ergänzungen/Änderungen wird die Niederschrift genehmigt.

- mehrheitlich bei einer Enthaltung -

zu 4 Mitteilungen des Oberbürgermeisters

- liegen nicht vor -

zu 5 Einwohnerfragestunde (Anlagen 1, 2, 3, 4, 5, 6 und 7)

Herr Hans-Günther Zemke stellt Fragen im Zusammenhang mit der konzeptionellen Bündelung von Hilfen für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger und zur Koordination von Hilfsangeboten (Anlage 1).

Oberbürgermeister Schütz weist auf die derzeitige Erstellung eines dezernatsübergreifenden Stadtentwicklungsberichtes zur demografischen Entwicklung und den zukünftig fortgeschriebenen „Örtlichen Pflegebericht“ hin und erläutert Details zu den Aktivitäten und Planungen in den Stadtteilen. (**Anlage 2**).

Weitere Fragen stellt Herr Hans-Günther Zemke zu dringend notwendigen Renovierungsarbeiten an der Katholischen Grundschule Eversten (Anlage 3).

Oberbürgermeister Schütz informiert, dass die Maßnahme zwar im Finanzplan enthalten sei, sie jedoch aufgrund der Haushaltssituation wiederholt verschoben werden musste (**Anlage 4**).

Herr Hans-Jörg Gastmann verliest seine Fragen im Zusammenhang mit dem ECE-Vorhaben (Anlage 5).

Oberbürgermeister Schütz beantwortet die Fragen (**Anlage 6**).

Eine weitere schriftlich vorgelegte Einwohnerfrage (Tischvorlage, **Anlage 7**) von Herrn Zemke zum Thema Bürgerhaushalt wird aufgrund der Abwesenheit des Fragestellers nicht mehr in der Sitzung beantwortet.

zu 6 Haushalts- und Finanzausschuss vom 07.06.2006

**zu 6.1 Außerplanmäßige Bewilligung in Höhe von 160.000 EUR für die Einrichtung von Störmeldeanlagen in Pumpwerken
Vorlage: 06/0420 (Anlage 8)**

Beschluss:

Für die Einrichtung von Störmeldeanlagen und die Standardisierung der elektrotechnischen Anlagenteile in den Pumpwerken von Tunnelbauwerken und Gewässern werden gemäß § 89 NGO außerplanmäßig 160.000 EUR zur Haushaltstelle

7000.96000-906 „Störmeldeanlagen und Standardisierung von verschiedenen Pumpwerken“ bewilligt.

Zur Deckung stehen Haushaltsmittel bei der Haushaltstelle 6300.950000-540 „Verbindungsstraße Butjadinger Straße / Wilhelmshavener Heerstraße“ zur Verfügung.

- einstimmig -

zu 6.2 Überplanmäßige Bewilligung in Höhe von 30.000 EUR für die Ausstattung der gymnasialen Oberstufe der IGS Flötenteich mit Mobiliar

Vorlage: 06/0429 (Anlage 9)

Beschluss:

Für die Neuausstattung und Einrichtung der gymnasialen Oberstufe der IGS Flötenteich werden gemäß § 89 NGO überplanmäßig 30.000 EUR zur Haushaltsstelle 2811.935000-901 „Einrichtung und Lehrmittel, IGS Flötenteich“ bewilligt.

Zur Deckung stehen Haushaltsmittel bei der Haushaltstelle 5600.940000-015 „Sport- und Freizeitpark Osternburg, Sporthalle“ zur Verfügung.

- einstimmig -

zu 6.3 Eigenbetrieb Weser-Ems Halle: Jahresabschluss 2005

a) Beschluss über den Jahresabschluss

b) Feststellung des Lageberichtes

c) Entlastung des Werksleiters

Vorlage: 06/0360 (Anlage #)

Beschluss:

a) Der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Arbitax AG Oldenburg geprüfte Jahresabschluss des Eigenbetriebs Weser-Ems Halle für das Wirtschaftsjahr 2005 mit einer

Bilanzsumme von	36.003.256,91 €
-----------------	-----------------

und einem in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresverlusts von	1.333.476,81 €
---	----------------

wird festgestellt.

b) Der Lagebericht zum 31.12.2005 wird festgestellt.

c) Dem Werksleiter wird für das Wirtschaftsjahr 2005 Entlastung erteilt.

Der Verlust ist durch die im Verwaltungshaushalt vorgesehen Mittel in voller Höhe abgedeckt.

- einstimmig -

zu 6.4 Verkauf von städtischen Hausgruppengrundstücken im Be-

reich des Baugebietes Eversten-West (Bebauungsplan W-750

A) zum Festpreis

Vorlage: 06/0439 (Anlagen #)

Ratsherr Dr. Pade informiert, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sich aufgrund der zu niedrigen Preisgestaltung enthalten werde; auch der Beschlussfassung zu TOP 6.5 werde man sich enthalten.

Ratsherr Bischoff weist darauf hin, dass eine kostensparende Planung immer Hintergrund der Beratungen gewesen sei und dass man Familien Wohnbaugrundstücke zu vernünftigen Preisen anbieten wolle, auch um sie in Oldenburg zu halten.

- mehrheitlich bei sieben Enthaltungen -

zu 6.5 **Verkauf von städtischen Wohnbau- und Mehrfamilienhausgrundstücken im Bereich des Baugebietes Eversten-West (Bebauungsplan W-750 B, 1. Bauabschnitt)**

Vorlage: 06/0453/1 (Anlage 10)

Beschluss:

1. Die Stadt Oldenburg verkauft gemäß Anlage 1 und Anlage 2 (neu) die Einfamilien-, Doppelhausgrundstücke im Bereich des B-Planes W-750 B, 1. Bauabschnitt zur Gesamtgröße von
6.303 m² zum Preis von 160,00 €/m²
4.885 m² zum Preis von 165,00 €/m²
1.100 m² zum Preis von 170,00 €/m²
2. Die Stadt Oldenburg verkauft gemäß Anlage 1 und Anlage 2 (neu) die Hausgruppengrundstücke im Bereich des B-Planes W-750 B, 1. Bauabschnitt an Bauherrengemeinschaften zur Gesamtgröße von:
925 m² zum Preis von 180,00 €/m²
119 m² Zuwegung zum Preis von 90,00 €/m²
875 m² zum Preis von 170,00 €/m²
4.672 m² zum Preis von 155,00 €/m²
336 m² Zuwegung zum Preis von 77,50 €/m²

Soweit ein Verkauf der Flächen an Bauherrengemeinschaften nicht erfolgt, werden die Hausgruppengrundstücke zu den gleichen Preisen als Festpreis für Investoren öffentlich ausgeschrieben.

3. Die Stadt Oldenburg verkauft gemäß Anlage 1 und Anlage 2 (neu) die Mehrfamilienhausgrundstücke im Bereich des B-Planes W-750 B, 1. Bauabschnitt, zur Gesamtgröße von 2.060 m² zum Festpreis von 185,00 €/m².

- mehrheitlich bei sieben Enthaltungen -

zu 7 **Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vom 19.06.2006**

zu 7.1 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 18 a (Schlossplatz/Berliner Platz - ECE) mit Aufhebung örtlicher Bauvor-**

schriften

- Prüfung der Stellungnahmen

- Satzungsbeschluss

Vorlage: 06/0400/1 (Anlagen 11 und 12 (06/0400), **13, 14 und 15**)

Ratsvorsitzender Nehring weist auf die versandten „/1-Vorlagen“ (Anlagen 11, 16 und 19) zu den TOPs 7.1 bis 7.3 hin und schlägt vor, diese TOPs für die Diskussion zusammenzufassen und anschließend getrennt abzustimmen. Zuerst werde der Oberbürgermeister sprechen, dann der Stadtbaurat, danach die Ausschussvorsitzende und dann die Vertreter der Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Stärke. Auf diesen Vorschlag gibt es keine Gegenrede.

Oberbürgermeister Schütz erläutert ausführlich die zeitliche Komponente und die Meilensteine zum Vorhaben, das im Mai 1999 mit der ersten Ausschreibung des Projektentwicklungsverfahrens begonnen habe. Diese erste Ausschreibung sei jedoch erfolglos verlaufen, weil sich kein Investor gefunden habe. Ende 2001 sei dann der erste Kontakt zur ECE entstanden und im April 2004 habe die Stadtverwaltung die Rahmenbedingungen für einen Wettbewerb und die Planungen der ECE mit einer Verkaufsfläche von 15.300 m² und der LzO am Schlossplatz den Mitgliedern des Bauausschusses und des Ausschusses für Wirtschaftsförderung vorgestellt. Nachdem der Rat im September 2004 den Verkauf des Grundstückes an die ECE unter dem Vorbehalt der Erstellung eines zweiten Verträglichkeitsgutachtens beschlossen hatte und auch dieses zweite Gutachten der CIMA das ECE-Center für innenstadtverträglich gehalten habe, sei Ende desselben Jahres der Aufstellungsbeschluss für die B-Pläne 18 a – c gefasst worden. Den sich anschließenden Architektenwettbewerb im Frühjahr 2005 habe der Entwurf der Architekten Engel und Zimmermann aus Braunschweig gewonnen; sowohl die Denkmalpflege als auch die Vertreter der Fraktionen im Rat, die Mitglieder der Jury gewesen seien, hätten seinerzeit diesem Entwurf zugestimmt. Auf der Basis dieses Entwurfes seien die Grundsätze der Planung dann dem Ausschuss für Stadtplanung und Bauen Ende 2005 vorgestellt worden. In der anschließenden öffentlichen Auslegung der Pläne seien die zahlreiche Einsprüche, Anregungen und Bedenken erhoben worden, die geprüft und den Ratsmitgliedern entsprechend aufbereitet vorgelegt worden seien. Er macht deutlich, dass er diesen Entscheidungsgang keinesfalls für übereilt halte und die Umsetzung des Vorhabens eine Chance für die Belebung der Innenstadt bedeute. Man könne froh sein, dass ein solcher Investor für die Entwicklung des Areals Schlossplatz / Berliner Platz gefunden worden sei. (s. anliegendes Redekonzept, **Anlage 13**)

Stadtbaurat Dr. Pantel macht deutlich, dass aus seiner Sicht ein großer Teil der Verunsicherung der Bürger mit irreführenden Informationen zusammenhänge, die in der Öffentlichkeit verbreitet worden seien. Er legt ausführlich dar, dass aufgrund der überragenden Wichtigkeit des Ortes eine besondere Qualität in der Vorbereitung und in dem Verfahren der Entwicklung der Planungsgedanken selbst erfordert habe. (s. anliegendes Redekonzept, **Anlage 14**)

Ratsfrau Burdick stellt als Vorsitzende des Bauausschusses heraus, dass man sich viel Mühe mit der Prüfung des Projektes am Schlossplatz gegeben und keinesfalls übereilt gehandelt habe. Sie erläutert erneut den zeitlichen Ablauf der Entwicklung des Vorhabens und stellt klar, dass es keine Alternative zur ECE-Ansiedlung gebe, wenn man die Innenstadt beleben wolle.

Ratsherr Dr. Knake hält es für nachvollziehbar, dass hier über zwei unterschiedliche Zukunftsentwürfe für die Oldenburger Innenstadt diskutiert werde. Nicht

nachvollziehbar sei für ihn allerdings die Haltung der CDU-Fraktion, die sich in den letzten Wochen leider verändert habe. Dies könne seiner Ansicht nach nur am Wahlkampf im Zusammenhang mit dem grün-schwarzen Oberbürgermeisterkandidaten liegen, der aus seinem engsten Umfeld Argumente im Bereich Denkmalschutz liefere. Was die Zuverlässigkeit der Oldenburger Politik angehe, gebe es bereits besorgte Nachfragen bei der Wirtschaftsförderung, da man von dieser Seite auch künftig verlässliche Partner haben wolle.

Ratsherr Dr. Niewerth hält es für selbstverständlich, dass ein so großes Vorhaben in Oldenburg einen erheblichen Diskussionsbedarf hervorrufe. Seine Fraktion habe im Übrigen eine Belebung der Oldenburger Innenstadt immer befürwortet. Jedoch müsse eine Entscheidung über ein solch großes Objekt gründlich vorbereitet werden, wozu auch eine sorgfältige Abwägung aller Einwendungen von Bürgern und Institutionen sowie aller anderen Belange (u. a. Denkmalschutz, Parkplätze, Verträglichkeit in Bezug auf den Einzelhandel in der Innenstadt) gehöre. Dies sei seiner Meinung nach jedoch nur unzureichend erfolgt.

Ratsfrau Lück vertritt die Auffassung, dass man die 780 Einwendungen von Bürgern und Institutionen nur richtig verstehen könne, wenn man die Original-Schreiben lese. Die Prüfung der Einwendungen in der Kurzform halte sie für nicht angemessen. Sie führt aus, dass das ECE-Einkaufszentrum dem CIMA-Gutachten zufolge 57 % der Kaufkraft aus der Innenstadt herausziehe. Vor diesem Hintergrund von einer Belebung der Innenstadt zu sprechen, halte sie für abwegig. Was die Größe des geplanten Einkaufszentrums angehe, so verharmlose die Verwaltung die Besorgnis der Bürgerinnen und Bürger wegen einer möglichen Anbindung von Galeria Kaufhof an das ECE-Center. Sie appelliert, den Bürgerwillen ernst zu nehmen, weist darauf hin, dass Shopping-Center Auslaufmodelle seien und macht deutlich, dass ihre Fraktion das Vorhaben mit Entschiedenheit ablehne.

Ratsherr Krummacker führt aus, dass bereits seit rd. 10 Jahren zahlreiche Diskussionen über eine Nachnutzung des ehemaligen Hallenbad-Geländes geführt würden. Er zeigt an Beispielen anderer Städte auf, welche Fehler dort zum Teil beim Bau neuer Einkaufszentren gemacht worden seien. In Oldenburg werde sich das neue Center jedoch mit historischem Blick auf die Innenstadt gut einfügen und dafür sorgen, dass Oldenburg auch in Zukunft konkurrenzfähig bleibe.

Ratsherr Adler warnt davor, einen Fehler zu begehen, indem man die Beschlüsse für das ECE-Einkaufszentrum „durchpeitsche“. Schließlich werde im Nachhinein das gesamte Verfahren rechtlich überprüft werden. Auch das noch nicht abgeschlossene Beschwerdeverfahren vor der EU-Kommission bezüglich einer möglichen Subventionierung des Kaufpreises sei ein Aspekt, der rechtlich zu bedenken sei. Die Fraktion der Linkspartei sei von vornherein gegen das ECE-Center gewesen, auch weil die Kaufkraft der Bevölkerung nach und nach sinke, was durch die Mehrwertsteuererhöhung im nächsten Jahr noch verstärkt werde. Alternativlos, wie der Oberbürgermeister behaupte, sei die Planung des ECE-Centers im Übrigen nicht gewesen. Auch habe man sich seitens der Verwaltung im Rahmen der Belange des Denkmalschutzes nicht kritisch mit der Höhe des ECE-Gebäudes und des Parkhauses auseinandergesetzt; die Gebäude seien viel zu groß konzipiert. Er appelliert an den Oberbürgermeister, es solle sich für Oldenburg und gegen den Fremdkörper ECE entscheiden.

Ratsherr Zietlow stellt heraus, dass sich in Oldenburg seit der SPD/FDP-Ratsmehrheit viel bewegt habe und verweist beispielhaft auf die Bauvorhaben Huntebad und Sportarena. Die CDU sei dagegen zurzeit auf dem Wege, ihre Glaub-

würdigkeit zu verlieren und dies aus purem Opportunismus aufgrund der bevorstehenden Kommunalwahl. Dies schade der Stadt, da durch dieses Verhalten Entscheidungsträger in der Wirtschaft irritiert würden. Als Oberzentrum sei es unerlässlich, Investitionen zu tätigen. Die von den Gegnern des ECE-Vorhabens immer wieder aufgeworfene Frage der Innenstadtverträglichkeit des Projektes sei gründlich geprüft worden mit dem Ergebnis, dass keine Bedenken bestünden. Es entstehe daher der Eindruck, dass auf gegnerischer Seite nur krampfhaft nach Argumenten gesucht werde, um das offenbar einzige Wahlkampfthema zu bedienen.

Ratsherr Kaps erinnert daran, dass die SPD-Fraktion mit der Intention in den letzten Wahlkampf gegangen sei, das Areal Schlossplatz / Berliner Platz zu einem weiteren prägenden Platz der Innenstadt zu machen. Bei den Überlegungen hierzu seien von Beginn an die besonderen Belange dieses Ortes, wie unter anderem der Denkmalschutz und die Sicherung der Häusing, immer umfassend berücksichtigt worden. Die Planung für das ECE-Center lasse nun auch dem Schloss seine Dominanz und bleibe in seinen Maßen sogar deutlich unter der erlaubten Höhe zurück. Die unterschiedlichen Höhen der Gebäudeteile seien mit der Denkmalschutzbehörde abgestimmt worden. Die Schlosswache werde durch ein Glasdach optisch freigestellt und die Häusing gestalterisch eingebunden. Insgesamt sei in Abstimmung mit den Nachbarn ein sehr gutes Ergebnis erzielt worden.

Die Sitzung wird um 20:26 Uhr bis um 21:00 Uhr für eine Pause unterbrochen.

Ratsherr Schwartz hält das Investitionsklima in Oldenburg für gut und begrüßt das ECE-Vorhaben als weiteren positiven Effekt für die Innenstadt. Gerade heute habe ihn ein nicht unbedeutender Einzelhändler aus der Innenstadt darin bestärkt, das Vorhaben voranzubringen. Als positiver Effekt müsse daneben auch die Schaffung von fast 400 Arbeitsplätzen gesehen werden. Daneben erfülle das ECE-Vorhaben weitere wichtige Kriterien optimal: So verfüge es z. B. über eine direkte Anbindung an die Innenstadt, es weise 15.300 m² Verkaufsfläche auf, was ein absolutes Minimum sei, es habe ein professionelles Flächenmanagement und biete ausreichend Parkmöglichkeiten.

Ratsherr Klarmann stellt mit Erstaunen fest, dass Oberbürgermeister Schütz selbst - trotz anders lautender Aussagen - die Diskussion zum ECE-Center in den Wahlkampf eingebracht habe. Es sei für ihn unverständlich, wie hier miteinander umgegangen werde. Nicht nachzuvollziehen sei u. a. die Aussage, die CDU-Fraktion vergraule Investoren. Die CDU-Fraktion stehe nach wie vor zum ECE-Center, jedoch nehme sie die von den Bürgern eingebrachten Bedenken ernst. Er bemängele das gesamte Verfahren: Angefangen habe es damit, dass die Vorgaben der ehemaligen Bezirksregierung, was den Kaufpreis für das Hallenbad Berliner Platz betreffe, nicht umgesetzt worden seien, was wiederum auf die schlechten Verhandlungen durch den Oberbürgermeister zurückzuführen sei. Korrekterweise hätte der Ratsbeschluss zum Berliner Platz befolgt werden müssen, was nach dem Verkehrsentwicklungsplan auch zusätzliche Parkplätze bedeutet hätte. Bei besseren Verhandlungen hätte sich die ECE seiner Meinung nach dann auch mit dem Bau einer Tiefgarage einverstanden erklärt. Die während der Auslegung des Bebauungsplanes eingegangenen Anregungen und Bedenken von Bürgern habe seine Fraktion ernst genommen und gründlich geprüft. Die Verwaltung habe die Bedenken dagegen einfach unter dem Hinweis auf die Präambelabwägung „abgebügelt“. Er betont, dass die CDU-Fraktion diese Ignoranz der Verwaltung nicht unterstütze, sondern die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger ernst neh-

me. Die Entscheidung über das ECE-Vorhaben hätte auch ruhig nach der Wahl gefällt werden können.

Ratsherr Dr. Pade beklagt den offensichtlichen Verlust der politischen Kultur; es sei deutlich geworden, dass die Ratsmehrheit eine Entscheidung unbedingt durchdrücken wolle. Was dabei aber offensichtlich in Kauf genommen werde, sei eine deutliche Geringschätzung der Bürgerrechte, was durch den Umgang mit den Einwendungen deutlich werde. So hätten der Politik anfangs lediglich die von der Verwaltung zusammengefassten Stellungnahmen statt der Originale vorgelegen, was eine Bevormundung der Bürger darstelle. Zudem sei der Verwaltung mangelnde Vollständigkeit vorzuwerfen: Erst nach Hinweisen aus seiner Fraktion seien bis dahin nicht einzeln geprüfte Stellungnahmen berücksichtigt worden. Er werfe der Verwaltung daneben auch „Geheimniskrämerei“ vor: So habe die Verwaltung der Politik eine Stellungnahme der CIMA vom November 2005 erst im Juni 2006 auf Anfrage vorgelegt.

Er beantragt eine namentliche Abstimmung zu diesem und zu den folgenden beiden TOPs.

Oberbürgermeister Schütz weist die Vorwürfe gegen die Verwaltung zurück. Hinsichtlich der Kosten für das ECE-Center teilt er mit, dass diese unterhalb des angenommenen Preisniveaus lägen. Eine Zusammenfassung von Stellungnahmen sei bisher in allen B-Plan-Verfahren vorgenommen und von der Politik akzeptiert worden; es sei ein übliches Verfahren. Dennoch seien der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf deren Anfrage alle Original-Stellungnahmen vorgelegt worden. Die übrigen Fraktionen hätten diese Unterlagen nicht abgefordert. Er fährt fort, dass die Verwaltung das Verfahren keineswegs verkürzt habe und stellt die Vermutung an, dass die Ratsfraktionen, die die Beschlussvorschläge der Verwaltung ablehnten, bei einer späteren Beratung dieselben Argumente vorgebracht hätten wie in der heutigen Sitzung.

Ratsherr Drieling findet es bedauerlich, dass Einwendungen von Bürgern, aber auch Einwendungen von Fachverwaltungen wie der Denkmalschutzbehörde seitens der Verwaltung ignoriert würden. Die CDU-Fraktion habe diese Einwendungen sorgfältig geprüft und stütze sie zum Teil. Er werfe der Verwaltung zudem vor, Verkehrskonzepte nicht berücksichtigt zu haben. So seien einem Gutachten zufolge bereits im Vorfeld zusätzliche Parkplätze erforderlich gewesen. Ebenfalls könne er sich nicht vorstellen, wie die zukünftig zusätzlich erwarteten auswärtigen Besucher alle in die Innenstadt gelangen sollen. Bei einem Anstieg von rund 550 Fahrzeugen pro Stunde müsste eine bessere Verkehrsanbindung geschaffen werden. Abschließend weist er darauf hin, dass schon zum jetzigen Zeitpunkt durch die Erweiterung des Einkaufszentrums in Wechloy und der mit im Zusammenhang stehenden neuen Autobahnanbindung ein starker Verdrängungswettbewerb für die Innenstadtkaufleute bestehe. Auch vor diesem Hintergrund müsse die Innenstadtvträglichkeit der für den Bereich des Schlossplatzes vorgelegten Bebauungspläne sorgfältig und in Ruhe geprüft werden. Die CDU-Fraktion werde den Vorschlägen der Verwaltung heute nicht zustimmen.

Ratsherr Hochmann hält das ECE-Center für einen überdimensionierten Baukörper, der nicht in den Bereich des Schlosses passe. Er warne davor, gleiche Bausünden zu begehen wie seinerzeit beim Bau des Horten-Kaufhauses mit der heute nicht mehr zeitgemäßen Fassade. Er appelliere, sich mehr Zeit für die Planungen des Vorhabens zu nehmen und wirft die Frage auf, woher die CIMA wissen könne, dass die Verträglichkeit des geplanten ECE-Centers *nachgewiesen* sei, wie sie es in ihrem Gutachten formuliert habe. Schließlich existiere das ECE-

Center doch noch gar nicht. Abschließend weist er darauf hin, dass über 90 % der Einwendungen der eingereichten Stellungnahmen nicht berücksichtigt worden seien, was undemokratisch sei. Es vertrete daher die Auffassung, dass man sich lieber Zeit lassen sollte und mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam ein zukunftsfähiges und stadtbildangepasstes Oldenburg entwickeln solle. Die CDU-Fraktion bedanke sich für das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, die sich Gedanken über eine lebens- und liebenswerte Stadt gemacht hätten.

Stadtbaurat Dr. Pantel versichert, dass sowohl die Parksituation als auch die Verkehrserschließung sorgfältig geplant worden sei. Es sei zwar richtig, dass im Hinblick auf den Baukörper nicht alle notwendigen Parkplätze im ECE-Center geschaffen werden könnten; dies werde jedoch durch Ablösungen geregelt, mit denen an anderer Stelle zusätzlicher Parkraum geschaffen werde. Zudem würden durch die Planungen für die Burgstraße und für das Hotel neben dem Alten Gymnasium über 1.000 zusätzliche Parkplätze entstehen, so dass die Furcht vor zu wenig Parkraum unbegründet sei.

Ratsherr Mühlbradt weist die zu große Masse des ECE-Centers zurück und bedauert u. a. die falsche Darstellung des Aktionsbündnisses „Lebens- u. liebenswerte Innenstadt“ anlässlich einer Informationsveranstaltung im Juni letzten Jahres. Auch die Dehoga sei fälschlicherweise davon ausgegangen, dass das ECE-Center das Schloss überrage. Die Aussagen, dass Geschäfte bereits jetzt wegen des ECE-Centers schlössen, welches frühestens im Jahr 2008 eröffne, halte er für unsinnig und irreführend.

Ratsfrau Scheller erinnert daran, dass die Stadt in Werbebroschüren eine interessante Innenstadt anpreise und die Oldenburger Bürgerinnen und Bürger das Bummeln in ihrer Innenstadt liebten. Oldenburg habe bereits jetzt einen Kaufkraft-Index, der im Bundesdurchschnitt einen guten Wert darstelle, aber aufgrund der anstehenden Mehrwertsteuererhöhung, der Erhöhung der Energiekosten, der zunehmenden Verschuldung und der demografischen Entwicklung sei auch diese gute Kaufkraft zurückhandelnd zu beurteilen. Diese Aspekte würden im Verträglichkeitsgutachten gar nicht berücksichtigt. Sie befürchte zudem, dass viele Filialisten mit Geschäftsbeziehungen zur ECE ins Center ziehen werden und in der Folge die Leerstände in der übrigen Innenstadt zunehmen. Sie spricht sich für zukunftsorientierte Konzepte statt Mega-Investoren aus.

Ratsfrau Woltemade hält es für bedeutend wichtiger, die Belange der Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen und deren Argumente ernst zu nehmen als Investoren entgegen zu kommen. Bedauerlich sei die Diskussionskultur in der heutigen Ratssitzung.

Ratsherr Bernhardt weist eindringlich darauf hin, sich die angesichts der Errichtung des ECE-Centers drohende Schließung vieler Geschäfte vor Augen zu führen, in deren Folge auch Arbeitsplätze gefährdet würden. Letztlich werde von dem ECE-Center doch nur der Ottokonzern profitieren; das kleinteilige Oldenburg werde sich zu seinem Nachteil verändern. An die BfO gewandt zeigt er Unverständnis für die Positionierung gegen die Bürgerinnen und Bürger. Schließlich seien es voraussichtlich kleine Einzelhändler, die ihre Geschäfte aufgeben müssten.

Ratsherr Bischoff hält Ratsherrn Bernhardt vor, er rede die Innenstadt kaputt. Wenn man sich das Modell des ECE-Centers ansehe, erkenne man sofort, dass es sich hierbei nicht um einen Koloss handele. Zudem könne er sich durchaus vorstellen, dass sich nicht nur Filialisten, sondern auch kleine Einzelhändler dort

ansiedeln. Das von einem seiner Vorredner geäußerte Argument der fehlenden Parkplätze sei gerade dazu geeignet, das Center nicht autark werden zu lassen, da man so gezwungen sei, über andere Wege der Innenstadt dorthin zu gelangen. Dadurch werde die angestrebte Verbindung zwischen der Innenstadt und dem ECE-Center noch unterstützt.

Ratsherr Norrenbrock führt aus, dass er zwar Bürgerinnen und Bürger kenne, die gegen das ECE-Center seien, dass er jedoch auch Kaufleute kenne, die für das Center seien. Durch intensive Verhandlungen mit der ECE seien im Laufe der Zeit noch viele Änderungen in der Planung erreicht worden. Wenn man bedenke, wie lange Rat und Verwaltung sich schon mit der Umgestaltung des Bereiches Schlossplatz / Berliner Platz beschäftigten, so müsse man nun endlich zu einer Entscheidung kommen.

Ratsherr Siek stellt fest, dass das marode Hallenbad am Berliner Platz jahrelang nicht mehr saniert worden sei und schließlich ein neues Bad am falschen Ort gebaut worden sei. Während die ersten Überlegungen von Mischnutzungen, Tiefgarage, Wohnen in der Innenstadt und einer Einbindung der LzO vernünftig gewesen seien, seien die Verhandlungen des Oberbürgermeisters mit dem Großkonzern ECE dann leider in eine falsche Richtung gegangen. Er werfe dem Oberbürgermeister vor, den Rat und die Bürgerinnen und Bürger mehrfach belogen zu haben. So habe dieser beispielsweise den geringeren Abstand des ECE-Centers zum Schloss so lange geleugnet, bis dieser ihm nachgewiesen worden sei. Im Übrigen habe es sich seiner Ansicht nach beim ausgelobten Wettbewerb nicht um einen Architektenwettbewerb, sondern lediglich um einen reinen Fassadenwettbewerb gehandelt.

Oberbürgermeister Schütz weist die Vorwürfe von Herrn Siek zurück und stellt klar, dass es sich im Ergebnis nicht um einen Fassadenwettbewerb gehandelt habe. Im Übrigen sei es besonders im Hinblick auf die anstehenden Ansiedlungen an den Peripheriestandorten wichtig, die Innenstadt zu stärken. Dies könne mit dem geplanten Einkaufszentrum erreicht werden. Schließlich müsse man differenzieren zwischen erschlagenden Centern wie z. B. in Hamburg-Harburg oder Braunschweig und moderaten Centern, die als Magneten wirkten.

Beschluss:

Die vorgebrachten Stellungnahmen - einschl. der ergänzten vorgelegten - wurden lt. Anlage geprüft und werden gemäß dem Vorschlag der Verwaltung ebenfalls abgewogen.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 18 a für Flächen im Bereich Schlossplatz/Berliner Platz, Mühlenstraße und Poststraße wird als Satzung mit Begründung beschlossen.

Frau Leitende Städtische Direktorin von Danckelman ruft nacheinander die Namen auf und dokumentiert die jeweils abgegebene Stimme (**Anlage 15**). Der Beschlussvorschlag wird mit folgendem Gesamtergebnis angenommen:

- mit 26 Ja und 25 Nein-Stimmen -

zu 7.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 18 b (Schlossplatz/Berliner Platz - LzO) mit Aufhebung örtlicher Bauvorschriften

- Prüfung der Stellungnahmen

- Satzungsbeschluss

Vorlage: 06/0401/1 (Anlagen 16, 17 (06/0401) und **18**)

Beschluss:

Die vorgebrachten Stellungnahmen - einschl. der ergänzten vorgelegten - wurden lt. Anlage geprüft und werden gemäß dem Vorschlag der Verwaltung ebenfalls abgewogen.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 18 b für Flächen im Bereich Schlossplatz/Berliner Platz wird als Satzung mit Begründung beschlossen.

Frau Leitende Städtische Direktorin von Danckelman ruft nacheinander die Namen auf und dokumentiert die jeweils abgegebene Stimme (**Anlage 18**). Der Beschlussvorschlag wird mit folgendem Gesamtergebnis angenommen:

- mit 26 Ja und 24 Nein-Stimmen und einer Enthaltung -

zu 7.3 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 18 c (Schlossplatz/Berliner Platz - BLB)**

- Prüfung der Stellungnahmen

- Satzungsbeschluss

Vorlage: 06/0402/1 (Anlagen 19, 20 (06/0402) und **21**)

Beschluss:

Die vorgebrachten Stellungnahmen - einschl. der ergänzten vorgelegten - wurden lt. Anlage geprüft und werden gemäß dem Vorschlag der Verwaltung ebenfalls abgewogen.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 18 c für Flächen im Bereich Markt/Häusing wird als Satzung mit Begründung beschlossen.

Frau Leitende Städtische Direktorin von Danckelman ruft nacheinander die Namen auf und dokumentiert die jeweils abgegebene Stimme (**Anlage 21**). Der Beschlussvorschlag wird mit folgendem Gesamtergebnis angenommen:

- mit 26 Ja und 25 Nein-Stimmen -

Anschließend geben Ratsmitglieder noch die folgenden persönlichen Erklärungen zu den gerade beratenen TOPs 7.1 – 7.3 ab:

Ratsherr Klarmann äußert Unverständnis auf einen Zwischenruf und das Verhalten des Herrn Oberbürgermeisters während der Debatte.

Ratsherr Siek zitiert aus dem Protokoll des Rückfragenkolloquiums zum Wettbewerb aus Februar 2004 im PFL zum Neubau des ECE-Einkaufszentrums. Als es um die Frage gegangen sei, worin die Aufgabe der Teilnehmer liege, sei geantwortet worden, dass die Wettbewerbsaufgabe die Fassadengestaltung des ECE-Einkaufszentrums unter Einbeziehung der Schnittstellen sowie die Planung und

Gestaltung des Stammhauses der LzO sei. Der Oberbürgermeister habe somit schon wieder gelogen.

zu 8 Anträge der Fraktionen und Ratsmitglieder

zu 8.1 Einführung des Verfahrens „Bürgerhaushalt“ in Oldenburg (Fraktion der Linkspartei vom 12.06.2006) (Anlage 22)

Stellvertretende Ratsvorsitzende Menge übernimmt die Sitzungsleitung.

Ratsherr Adler trägt den Antrag der Fraktion der Linkspartei zum Bürgerhaushalt vor. Selbstverständlich werde damit die Zuständigkeit des Rates nicht untergraben, allerdings verlängere sich das Verfahren geringfügig

Ratsherr Dr. Knake weist darauf hin, dass man dem Antrag positiv gegenüberstehe, jedoch halte er es für sinnvoll, den Antrag an den zuständigen Haushalts- und Finanzausschuss zu verweisen.

Ratsherr Dr. Pade steht dem Antrag ebenfalls positiv gegenüber, allerdings sollte seiner Ansicht nach zunächst genau geklärt werden, wie bei einem Verfahren „Bürgerhaushalt“ vorgegangen werden solle. Er weist darauf hin, dass am 06.07.06 eine Veranstaltung der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Beteiligungshaushalt“ mit dem Gastredner Stefan Wenzel stattfinde.

Ratsherr Klarmann stimmt dem Verweis in den Fachausschuss zu.

Beschluss:

Stellvertretende Ratsvorsitzende Menge lässt über den Verweisungsantrag in den Haushalts- und Finanzausschuss abstimmen.

Dem Verweis wird zugestimmt.

- einstimmig -

Nichtöffentlicher Teil

..... gesperrter Bereich

Nehring	Menge	Schütz	Leinius
Ratsvorsitzender	2. Stv. Ratsvorsitzende	Oberbürgermeister	Protokollführerin